



# Gutscheinsystem jetzt endlich abgeschafft

### Flüchtlingspolitikerinnen bekräftigen Koalition, Diskriminierungen zu beseitigen

Die flüchtlingspolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag begrüßen die Abschaffung der diskriminierenden „Wertgutscheine“ auch in den letzten beiden Landkreisen Greiz und Weimarer Land als „längst überfällig“.

„Auch wenn wir davon ausgehen, dass die Umstellung in keinem der beiden Landkreise aus freien Stücken erfolgte, schließlich sind weder Landrätin Martina Schweinsburg noch Landrat Hans-Helmut Münchberg als integrationspolitische Vorreiter bekannt, so kann man doch endlich - zweieinhalb Jahre nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes - konstatieren, dass zumindest diese diskriminierende Praxis nun flächendeckend beendet ist“, so die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Sommer 2012 festgestellt, dass die Höhe der Leistungen nach Paragraph 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes verfassungswidrig ist und bis zur Neufestsetzung der Leistungshöhe durch den Gesetzgeber eigene Vorgaben gemacht. „Daraufhin hatte der damalige Innenminister Geibert (CDU) auch den Landkreisen freigestellt, die Leistungen bar auszuzahlen, die bis dahin an der diskriminierenden Gutscheinspraxis festgehalten hatten. Leider hielten es dennoch einige Landkreise nicht für notwendig, davon abzurücken. Ich bin froh, dass nun auch die Landräte

Münchberg und Schweinsburg einlenken und die Wertgutscheine abschaffen“, sagte Diana Lehmann von der SPD-Fraktion.

„Die Abschaffung der Gutscheine ist ein weiterer Schritt hin zu einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik, wie sie sich Rot-Rot-Grün vorgenommen hat“, betont Sabine Berninger für DIE LINKE. Der nächste müsse sein, auch die Sachleistungen bezüglich der Bekleidung gänzlich abzuschaffen und

eingeführten diskriminierenden Sondergesetze abzuschaffen. Ganz nach dem Leitsatz des Bundesverfassungsgerichtes: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

### Zum 1. März tritt Neuregelung im Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft

Die Pressesprecherinnen der beiden Landkreise hatten dem MDR THÜRIN-

GEN mitgeteilt, in Greiz würde ab Mitte Februar Bargeld ausbezahlt, das Weimarer Land habe seine Gutscheine bereits im vergangenen Dezember abgeschlossen.

Zum 1. März tritt bundesweit die Neuregelung im Asylbewerberleistungsgesetz im Zuge der Asylreform in Kraft. Leistungen sollen künftig in Form von Bargeld und nur noch in Ausnahmefällen in Sachleistungen, also zum Beispiel in Form von Gutscheinen ausgezahlt werden. Eine Sprecherin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sagte MDR THÜRINGEN auf Anfrage, die Neuregelung spiegele die Praxis vieler Behörden besser wieder, die aus verwaltungsökonomischen Gründen schon vor der Reform verstärkt auf Geldleistungen gesetzt hätten. Sie stärke außerdem die Selbstbestimmung der Flüchtlinge.



auch die unsägliche Praxis, Flüchtlinge langjährig mit den gekürzten Leistungen nach Paragraph 1a abzuspeisen, die in der Regel ebenfalls nur per Gutschein ausgezahlt wurden, zu überprüfen.

Die Flüchtlingspolitikerinnen bekräftigen zudem die Absicht der Koalition, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und damit eines der mit dem sogenannten Asylkompromiss

## KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

### Pilotprojekt

Nach der neuesten Arbeitsmarktstatistik ist in Thüringen die Zahl der Arbeitslosen auf 98.600 gestiegen. Ein Grund für diese Entwicklung ist wohl vor allem das Auslaufen von Förderinstrumenten und Maßnahmen sowie das Absenken finanzieller Zuwendungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Es sind deutlich weniger Menschen in geförderten Beschäftigungsmaßnahmen wie der Bürgerarbeit tätig. Waren es im Januar des vergangenen Jahres noch 4.411 Personen, sind es nun nur noch 2.676. Über die Bürgerarbeit waren in Thüringen über drei Jahre insgesamt mehr als 2.300 Menschen in Arbeit. Allerdings ist dieses Bundesprojekt nun ersatzlos ausgelaufen.

Die Anzahl der Erwerbslosen, die wegen ihres Einsatzes in Maßnahmen, Weiterbildung oder Qualifizierung sowie wegen des Übergangs in Selbstständigkeit nicht als Arbeitslose gezählt werden und deshalb nicht in der Statistik erfasst sind, ist um etwa 6.000 gesunken ist. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die reale Arbeitslosigkeit um etwa 8.000 Personen gestiegen.

Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass dringender Bedarf an Qualifizierung und Beschäftigung besteht. Es bestärkt uns umso mehr, dass neue Instrumente bei der öffentlich geförderten Beschäftigung dringend notwendig sind. Das hilft den Betroffenen und verhindert Armut, denn es hat auch Auswirkung auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Ihr Anstieg in Thüringen auf 100.818 (Zuwachs von 628 zum Vormonat) zeigt, dass die Abhängigkeit von Hartz IV für viele Menschen wieder zugenommen hat. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, verstärkt in öffentlich geförderte Beschäftigung zu investieren, was auch vom Regionalchef der Agentur für Arbeit unterstützt wird.

Es wäre ein Pilotprojekt, alle Mittel, die für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, so zusammenzulegen, dass für den einzelnen Langzeitarbeitslosen ein guter Lohn für geleistete Arbeit gezahlt werden kann. So würden dringend notwendige Arbeit in den Kommunen geleistet und Menschen, die auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, eine neue Perspektive ermöglicht. Es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

## LINKE Unterstützung für die Filmpiraten

Die Filmpiraten waren am 4. Februar zu Gast bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Abgeordnete und Mitarbeiter übergaben stellvertretend für die gesamte Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag einen Scheck in Höhe von 1.080 Euro an das Team der Filmpiraten.

Eine Klage der rechtspopulistischen FPÖ vor dem Handelsgericht Wien zwingt die Filmpiraten in ein sehr kostspieliges Verfahren. Weitere Hintergrundinfos (dazu auch auf Seite 11 dieser UNZ eine Nachricht) gibt es auf den Seiten der Filmpiraten unter:

<http://www.filmpiraten.org/hintergrundinfos-fpoe-prozess/>

Foto: Peter Lahn



Scheckübergabe an die Filmpiraten mit Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende und den Abgeordneten Katharina König, Ina Leukefeld und Kati Engel.



## KURZ UND PRÄGNANT

### Protest gegen Stellenabbau bei Siemens

Zu den Plänen des Siemens Konzerns, trotz eines Milliardengewinns im Jahr 2014 weltweit 7.800 Stellen abbauen zu wollen, erklärte die Vorsitzende der Linksfraktion und Parteivorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow: „Bei einem Gewinn von 5,5 Milliarden nun einen massiven Stellenabbau anzukündigen, um eine weitere Milliarde Überschuss zu erwirtschaften, ist ein verantwortungsloser Umgang mit der eigenen Belegschaft und deren Familien. Jetzt haben Beschäftigte nicht nur Managementfehler auszubaden, sondern müssen auch bei guter wirtschaftlicher Lage die Profitgier ihrer Unternehmensleitungen fürchten. Das Bemühen der Thüringer Arbeitsministerin Heike Werner um Vermittlung ist ausdrücklich zu unterstützen.“ Die Abgeordnete verwies auf Debatten in der sozialistischen Partei Frankreichs, eine derartige Unternehmenspolitik einzuschränken. „Die Unternehmenspraxis von Siemens verdeutlicht, dass es längst an der Zeit ist, Forderungen von Gewerkschaften und der LINKEN wieder aufzunehmen, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die Stellenabbau bei hohen Gewinnen untersagen.“ Vom angekündigten Stellenabbau bei Siemens sind auch Thüringer Beschäftigte u.a. beim Siemens Generatorenwerk am Standort Erfurt betroffen. ■

### Unterstützung von Fanprojekten

Der sportpolitische Sprecher der Linksfraktion, Knut Korschewsky, spricht sich gegen eine finanzielle Mitverantwortung der Thüringer Fußball-Vereine für Polizeieinsätze aus, wie dies jüngst in einigen Medien vorgeschlagen wurde. „Diese Diskussion zäumt das Pferd von hinten auf, denn es ist falsch, das tatsächlich vorhandene Sicherheitsproblem allein an den Kosten von Polizeieinsätzen zu messen. Die Debatte, wer die Polizeieinsätze bezahlt, wird uns nicht helfen, die Probleme in diesem Bereich zu bewältigen. Es muss stattdessen darum gehen, wie wir vorbeugend tätig werden können.“ Knut Korschewsky verweist darauf, dass Fanprojekte zum Beispiel eine gewaltfreie Fankultur entwickeln, die Spaß macht und Fans aller Altersgruppen anzieht. „Es ist doch sinnvoll, die Fan-Arbeit der Vereine und vor allem die hochmotivierten Fanprojekte zu fördern, statt viel Geld in die Repression zu stecken. Die Fraktion DIE LINKE wird auch künftig ihre Möglichkeiten nutzen, um die Fan-Arbeit der Thüringer Vereine und Fan-Projekte nachhaltig zu unterstützen“, so der LINKE Sportpolitiker.“ ■

# Rot-Rot-Grün schnürt Kommunalpaket 2015

Mit zusätzlichen Landesmitteln werden dringend notwendige Investitionen ermöglicht

**Am 29. Januar hat ein Koalitionsausschuss zum Thema Finanzen zwischen den Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den haushalts- und kommunalpolitischen Sprechern sowie der Thüringer Finanzministerin, Heike Taubert, und dem Thüringer Minister für Inneres und Kommunales, Dr. Holger Poppenhäger, getagt und sich mit der geplanten Stärkung der Kommunal Finanzen im Übergangsjahr 2015 befasst.**

Im Ergebnis kam man darüber ein, die Kommunen 2015 um einen Betrag von 135 Millionen Euro zu entlasten. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus zusätzlichen Landesmitteln in Höhe von 94 Millionen Euro und der Durchreichung von 41 Millionen Euro Bundesmitteln an die Kommunen. Mit den zusätzlichen Landesmitteln werden dringend notwendige Investitionen ermöglicht. Die Mittel werden überwiegend als Pauschalen ausgereicht.

Darüber hinaus können die Thüringer Kommunen in 2015 mit weiteren finanziellen Entlastungen rechnen, die sich aus verbesserten Steuereinnahmen und zweckgebundenen Zuweisungen des Landes ergeben, mit denen frühere Beschlüsse umgesetzt werden. Gegenüber der Summe aus Finanzausgleichsmasse 2014 und Steuereinnahmen 2014 erhöht sich die 2015 zur

Verfügung stehende kommunale Finanzmasse dadurch um 242 Millionen Euro.

Nach einem Treffen, ebenfalls am 28. Januar, mit den kommunalen Spitzenverbänden erklärten die Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Susanne Hennig-Wellsow, Mat-

thias Hey und Dirk Adams dazu: „Rot-Rot-Grün liefert. Wir haben im Koalitionsvertrag versprochen, den notleidenden Kommunen mit einem Hilfspaket unter die Arme zu greifen.“

Heute haben wir auf Basis der von Kommunalminister Poppenhäger vorgelegten Eckpunkte einvernehmlich ein Hilfspaket in dreistelliger Millionen-

höhe geschnürt. Wir verbinden die drei Kernelemente des rot-rot-grünen Haushaltskonsenses miteinander. Das Land bleibt auf dem Konsolidierungspfad und beschränkt die Entnahme aus der Rücklage auf den unabwiesbaren Bedarf. Wir tragen dafür Sorge, den finanziellen Spielraum der Thüringer Kommunen im Jahr 2015 zu erweitern und geben ihnen eine schnelle Hilfe für die Bewältigung dringender Aufgaben.

Konsolidieren, Vorsorgen, Helfen, das ist der Dreiklang einer vorausschauenden Haushaltspolitik. Das gestern beschlossene Kommunalpaket 2015 baut für die Kommunen eine tragfähige Brücke zum neuen kommunalen Finanzausgleich ab 2016, über den Kabinett und Landtag schnellstmöglich beschließen werden.“ ■

#### Stärkung der Kommunal Finanzen im Übergangsjahr 2015

(Voraussetzung der Fraktionen der LINKEN, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)



## Bodo Ramelow bei Besuchergruppe „Haus Zuflucht“

**Seine wohl letzte Besuchergruppe, die Ministerpräsident Bodo Ramelow als Abgeordneter im Thüringer Landtag empfangen hat, waren am 30. Januar Gäste aus dem Erfurter „Haus Zuflucht“. Die Einrichtung der Evangelischen Stadtmission bietet im Norden der Landeshauptstadt Nachtschlaf und Notübernachtung sowie ambulantes betreutes Wohnen für chronisch Alkoholkranken und langjährig Wohnungslose mit Mehrfacherkrankungen.**

Gemeinsam mit einer ganzen Reihe von den im „Haus Zuflucht“ untergebrachten und betreuten Männern waren auch die Leiterin der Einrichtung, Constanze Gröckel, und der Geschäftsführer der Stadtmission, Christoph Knoll, gekommen. Bodo Ramelow und die Erfurter Wahlkreisabgeordnete der LINKEN Karola Stange, die den regelmäßigen Kontakt zum „Haus Zuflucht“ hält, würdigten die vor Ort geleistete engagierte Sozialarbeit.

Der Thüringer Ministerpräsident betonte, er finde den Umgang unserer Gesellschaft mit Nichtsesshaften „skandalös“. Er unterstrich die Notwendigkeit, verstärkt Zufluchtsmöglich-



lichkeiten und Perspektiven zu entwickeln und verwies in diesem Zusammenhang auch auf Maßnahmen für einen leichteren Zugang zur ärztlichen Versorgung.

Die Leiterin des „Hauses Zuflucht“ hatte erklärt, dass wohnungslose Menschen kaum eine Lobby haben, nicht selten sei der Zustand von Obdachlosenunterkünften, besonders auch in

kleineren Städten, menschenunwürdig. Zudem gebe es keine fachlichen Standards für solche Einrichtungen.

Verschiedene andere Themen wurden von den Besuchern nachgefragt. Da ging es z.B. um die Aufarbeitung von DDR-Geschichte und -Unrecht, um die Kommunal Finanzen oder die Unterbringung von Flüchtlingen. ■

# Ein Ticket für Schüler und Auszubildende

Dr. Gudrun Lukin in der Landtagsdebatte zum Antrag der CDU-Fraktion

**Am 28. Januar debattierte der Thüringer Landtag den CDU-Antrag „Schüler- und Auszubildendenticket zügig einführen – Jugendliche und Eltern entlasten“. Für die Linksfraktion ergriff deren Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur, Dr. Gudrun Lukin, das Wort. Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede.**

Einmal ist positiv, dass das Schüler- und Azubiticket wieder in die Öffentlichkeit gerückt wurde, dass es als ein Arbeitsauftrag zu verstehen ist, denn unser Antrag vom 02.04.2014 ist ja leider der Diskontinuität zum Opfer gefallen. Ziel war damals ein Zwei-Stufen-Plan. Wir alle wissen, dass im damaligen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur die existierende Richtlinie „Zuschüsse an Berufsschüler für die Ausbildung in Bundes- und Landesklassen bzw. überregionalen Fachklassen während des Blockunterrichts“ von 2010 den Anforderungen keineswegs genügt hat.

## CDU fand keine Möglichkeiten

Der Kollege der CDU hat schon dargestellt, dass die Gelder nicht ausgeschöpft wurden und dass nur begrenzte Härtefälle eine Antragsmöglichkeit haben. Außerdem war es auch relativ wenig bekannt. Ich hätte mir allerdings gewünscht, wenn Zuschüsse oder ein Azubiticket tatsächlich im Regierungsprogramm der CDU oder auch im Wahlprogramm enthalten waren, dass man dann gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD – ich denke, an dem wäre es nicht gescheitert – schon Möglichkeiten gefunden hätte, so eine Art Rückerstattungsmöglichkeit oder Zufinanzierungsmöglichkeit in Gang zu bringen. Bisherige Kleine Anfragen von Frank Kuschel, Katharina König, Susanne Hennig-Wellsow und von mir hatten einmal mehr den großen Flick-

teppich gezeigt, den die Schüler- und Azubiförderung allein in Thüringen hat. Ich nehme mir jetzt mal das Beispiel ab Klasse 11: Ganz unterschiedlich wird in den Landkreisen und den kreisfreien Städten der Eigenanteil von Schülern oder Eltern bei der Finanzierung des Schülertickets gehandhabt. Manche Kreise geben 15 Euro dazu, manche 20, manche machen eine fünfzigprozentige Rückerstattung.

Genauso unterschiedlich sind auch die Befreiungstatbestände bei Beziehern von ALG II und von Sozialgeld. Hier ist allerdings das Problem, dass die Verantwortung die Träger der Schülerbeförderung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung haben, das heißt also, hier zeichnet sich noch größerer Gesprächsbedarf ab.

## Das Vorhaben abstimmen

Gut ist auch, dass wir Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit hinzu ziehen wollen. Hier ist der eigentlich interessante Punkt, der uns ein bisschen verwundert hat, weil gerade hier der Antrag der CDU ausgerechnet einen gesetzlichen Anspruch bzw. die Erarbeitung einer konkreten weiterreichenden Richtlinie zur Erstellung von Fahrtkosten, wie es zum Beispiel in Sachsen-Anhalt ist, oder einer gesetzlichen Regelung, wie es in Bayern ist, nicht von uns abgeschrieben hat. Denn hier wäre zeitnah Abhilfe für einen Großteil von Schülern an weiterführenden Schulen und Berufsschulen sowie Azubis schon möglich, bevor wir in den Diskussionsprozess mit den Entscheidungsträgern, mit den Verkehrsbetrieben, mit den Ministerien bzw. mit den gesellschaftlichen Kräften, die Sie auch erwähnt haben, treten.

Wir haben keinen thüringenweiten Verkehrsverbund, leider, noch nicht. Daran arbeiten alle Interessierten. So bleibt die Frage: Wie stimmen wir das

Vorhaben mit den kommunalen Verkehrsbetrieben und den Verkehrs- und Aufgabenträgern ab? Dann gibt es im Auszubildendenbereich selbst größere Unterschiede. Diejenigen, die die Chance haben, eine Ausbildung im öffentlichen Dienst angetreten zu haben, bekommen punktuell die Fahrtkosten zum Arbeitsort bzw. zum Berufsschulort erstattet. Andere Arbeitgeber haben unterschiedliche Lösungen. Einige erstatten die Fahrtkosten zur Berufsschule. Bei einigen werden Benzin- oder Tankgutscheine vergeben.

Warum also wollen wir von vornherein die Arbeitgeber aus der Verantwortung nehmen? Sie zahlen bereits in diesen Topf mit ein. Das heißt, wir haben hier einen großen Abstimmungsbedarf. Deswegen würde ich unterstützen, dass wir im Ausschuss die Varianten gesetzlicher Rückerstattungsanspruch bzw. Zuschussrichtlinie diskutieren, die wir mit einer schnellen Lösung erreichen können, und die Variante Azubiticket, Schülerticket, die wir alle gemeinsam – hoffe ich doch – in Zukunft anstreben, vorbereiten.

## Beratung in den Ausschüssen

So wie das Modell Semesterticket nur funktioniert, wenn alle Beteiligten und auch die Studierenden bei Tarifanpassungen ein Mitspracherecht haben, muss diese Möglichkeit natürlich auch den Azubis und den Berufsschülern gewährt werden. Das heißt also, auch hier werden wir über eine Vertretung der Azubis und der Berufsschüler sprechen, wenn wir diese beiden Modelle – ein semesterticketähnliches Modell oder ein Angebotsmodell eines preiswerten Tickets in Thüringen – auf die Tagesordnung setzen.

Das heißt also, wir haben einen längeren gemeinsamen Weg vor uns und den sollten wir in den Ausschüssen besprechen. ■

## VON A BIS Z:

### Datenschutz

„Die Grundsätze der Datensparsamkeit und -vermeidung müssen als wichtige Prinzipien des Datenschutzes wieder ernster genommen werden“, forderte MdL Katharina König anlässlich des 9. Europäischen Datenschutztages am 28. Januar. Dieses Datum markiert den Beginn der Unterzeichnung der Europaratskonvention 108 zum Datenschutz. Mit der Konvention verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten, für die Achtung der Rechte und Grundfreiheiten bei der automatisierten Datenverarbeitung Sorge zu tragen, insbesondere beim Persönlichkeitsbereich. „Der Ruf nach Vorratsdatenspeicherung steht diesem Anliegen bereits in seinem Grundsatz entgegen, denn dies bedeutet, in die tiefsten Bereiche der persönlichen Lebensführung Einblick zu nehmen. Gleiches gilt für die Sammelwut im Bereich der Flugpassagier-Daten, bei denen es um weit mehr geht als nur um Namen und Flugziel. Eine Achtung der Rechte und Grundfreiheiten ist dabei nicht mehr gegeben.“ Die Datenschutzpolitikerin erläutert, dass solche Anhäufungen von Daten auch in sich ein Sicherheitsrisiko darstellen, denn es kann zu Missbrauch und Diebstahl kommen. Im deutschen Datenschutzrecht sind deshalb richtigerweise die Datensparsamkeit und die Vermeidung von Datenerhebung als ein wichtiges Prinzip festgeschrieben. Auch im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag sind u.a. Bemühungen gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung verankert“, so Katharina König abschließend. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April statt.

### Verbrauchermesse:

Der Landtag wird mit einem Informationsstand bei der Thüringer Verbrauchermesse vom 28. Februar bis 8. März auf der Messe in Erfurt vertreten sein, dabei natürlich auch die Landtagsabgeordneten der LINKEN.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Volkssolidarität

70 Jahre nach ihrer Gründung und 25 Jahre nach der Deutschen Einheit hat sich die Volkssolidarität als einer der großen Sozial- und Wohlfahrtsverbände in Deutschland etabliert. Mit einer breit angelegten Image- und Sympathiekampagne will sie sich neuen Zielgruppen zuwenden und so um jüngere Mitglieder werben, sich aber weiter der Belange älterer Menschen annehmen.

Aktuell sieht sich die Volkssolidarität durch die Flüchtlingsfrage an den Beginn ihrer eigenen Geschichte erinnert und übernimmt hier mit einer ausgeprägten Willkommenskultur gesellschaftliche Verantwortung. Im Laufe des Jahres 2015 finden zahlreiche Festveranstaltungen zum 70. Jahrestag statt. ■

## Pflegebedürftig

2013 waren 86.889 Einwohner Thüringens pflegebedürftig. Wie das Landesamt für Statistik weiter mitteilt, wurden durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung 56,4 Prozent der Pflegestufe I („erheblich pflegebedürftig“), 32,2 Prozent der Pflegestufe II („schwer pflegebedürftig“) und 11,3 Prozent der Pflegestufe III („schwerst pflegebedürftig“) zugeordnet. Ende 2013 wurden 42.545 Pflegebedürftige zu Hause ausschließlich durch Familienangehörige oder Bekannte versorgt (49 Prozent). Weitere 20.958 Männer und Frauen (24,1 Prozent) wurden von einem der 417 ambulanten Pflegedienste und 25.539 Thüringer (29,4 Prozent) in einem der 412 Pflegeheime stationär betreut. ■

## Insolvenzen

Die Thüringer Amtsgerichte entschieden in den ersten elf Monaten 2014 über 2.811 Insolvenzverfahren. Davon entfielen 14,6 Prozent auf Unternehmen und 85,4 Prozent auf übrige Schuldner (natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, private Verbraucher und Nachlässe). Nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik verringerte sich die Gesamtzahl der Insolvenzverfahren im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent. Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen bezifferten die Gerichte auf rund 493 Millionen Euro. Pro Verfahren standen Forderungen von durchschnittlich 1.75 Tausend Euro aus. Die insolventen Unternehmen beschäftigten noch 2 051 Arbeitnehmer. ■



## KURZ UND PRÄGNANT

### Thüringer Arbeitslosenparlament tagt

Zu seiner 36. Tagung hat das Thüringer Arbeitslosenparlament eingeladen. Sie findet statt am Montag, den 23. Februar, in der Zeit von 9.30 Uhr bis 14.00 Uhr im Raum F101 des Thüringer Landtags in Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die aktuelle Arbeitsmarktsituation und Erläuterungen zum künftigen Arbeitsmarktprogramm des Freistaats Thüringen, die durch Sozialministerin Heike Werner (LINKE) gegeben werden. Weiteres Thema ist das Rentenpaket 2014 (Stichwort: Rente mit 63). Welche Änderungen es gibt, welche Konsequenzen das hat, dazu spricht der ehrenamtliche Vorsitzende der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherungen Mitteldeutschland, Thomas Steinhäuser. Wie immer ist das Plenum zum Debattieren eingeladen. ■

### Bild übergeben: Versöhnen statt Spalten



Ein Dienststellenleiter der Thüringer Polizei a.D. hat den Leitspruch von Ministerpräsident Bodo Ramelow „Versöhnen statt spalten“ (Zitat von Johannes Rau) künstlerisch umgesetzt. Der LINKE Landtagsabgeordnete Rainer Kräuter hatte in der Fraktionssitzung am 28. Januar die großformatige abstrakte Kunst Bodo Ramelow übergeben. In einem Brief an den Ministerpräsidenten schreibt der Künstler Hans-Peter Marschewski zu seinem Bild: „Im Kern habe ich dabei die Farben der politischen Parteien des Thüringer Landtages in die Bildkomposition aufgenommen. Ganz bewusst habe ich dabei versucht, die Spannungsfelder aufzuzeigen. Sie haben prägend formuliert, dass es auf die Gestaltung unseres Freistaates ankommt. Dazu muss man über die politischen Gräben schreiten, versöhnen und für das Gemeinwohl die Kräfte bündeln. Für diese Aufgabe und die verantwortungsvolle Regierungsarbeit wünsche ich Ihnen die erforderliche Kraft, den politischen Weitblick und für den Gestaltungsprozess der Versöhnung die politische, wie auch gesellschaftlich prägende Sensibilität.“ ■

# Gesicht zeigen gegen Rassismus

Aus dem Plenarprotokoll der Landtagsdebatte „Fremdenfeindliche Demonstrationen“

**Mit dem Thema „Fremdenfeindliche Demonstrationen in Thüringen“ hatte sich der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde am 28. Januar befasst. Im Folgenden Auszüge aus dem Plenarprotokoll:**

**Diana Lehmann, SPD:**

Sicherlich kann man nicht alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstrationen über einen Kamm scheeren, sicherlich sind nicht alle, die dort sind, rechtsradikal oder fremdenfeindlich eingestellt, die Stimmung aber, die Pegida gesellschaftlich erzeugt, die Meinungen, die ihre Vertreter in den Medien und in den sozialen Netzwerken veröffentlichten, da bin ich mir sicher, die sind nicht gut für unser gesellschaftliches Klima.

Sie bedienen nicht selten Vorurteile gegen Migrantinnen und Migranten, gegen Flüchtlinge und sie versuchen da zu spalten, wo es eigentlich Solidarität und Zusammenhalt bräuhete.

**Katharina König, DIE LINKE:**

Zu den Protesten, den fremdenfeindlichen, oder – um es konkreter zu machen – den rassistischen Protesten und neonazistischen Protesten, die unter dem Label „Sügida“ in Suhl seit mehreren Wochen auflaufen, möchte ich als Allererstes eines sagen, nämlich ein Dankschön an diejenigen, die sich schon monatelang in Suhl um Flüchtlinge vor Ort kümmern, die sich dort in fast unvergleichbarer Zeit und unvergleichbarem Engagement einsetzen, um in Suhl den Flüchtlingen zu zeigen, dass sie willkommen sind und dass das, was montags da auf die Straße geht, nicht das ist, wofür wir hier mehrheitlich in Thüringen stehen.

Diana Lehmann hat es schon angesprochen, wer hinter Sügida steckt. Ich möchte das etwas konkreter machen. Nämlich die Organisatorin, gegen sie wird mittlerweile auch wegen Volksverhetzung ermittelt, zusätzlich zu der Anzeige wegen Volksverhetzung ist relativ aktuell, dass sie unter anderem mit dem ehemaligen Sänger von „Landser“, einer verbotenen Musikvereinigung, „Lunikoff“ Michael Regener zusammen auf Fotos posiert.

Sie wird unterstützt in der Organisation von Tommy Frenck, Bündnis Zukunft Hildburghausen. Das ist der, der hier erst vor wenigen Tagen öffentlich durch die Medien kursierte, weil er in Kloster Veßra das Haus gekauft hat, wo die Bewohner vor Ort jetzt Sorgen haben, was dort entsteht und inwieweit ein weiterer Neonazitreffpunkt entstehen könnte.

Hinzu kommt Patrick Schröder, Inhaber von „Ansgar Aryan“, das ist eines der größten Neonaziversandlabel, welches aus Bayern und aus Thüringen verschickt und hier Lagerhallen, oder wie auch immer man das bezeichnen will, hat, der wurde erst im Dezember 2014

wegen Zeigen eines Hitlergrußes zu einer Strafe von 3.000 Euro verurteilt und ist einer derjenigen, die diese Sügida-Proteste mit organisieren und die dort auch als Redner auftreten. Neben den Dreien sind allerdings auch Mitglieder und Vertreter der AfD vor Ort. Einer ist erst heute aufgrund seiner unsäglichen Äußerungen von seiner bisherigen Arbeitgeberin entlassen worden.

Aber es sprechen ja auch andere Personen dort, die sich selbst der AfD zugeordnet haben. Nur ein Beispiel: Paul Latussek, Holocaustleugner, welcher vor wenigen Jahren erst behauptete, dass die Zahl der im Holocaust Ermordeten eine Lüge sei und in Wirklichkeit viel niedriger.

David Köckert, Vertreter der NPD Greiz, der unter anderem gegen Journalisten gehetzt und indirekt dazu aufgerufen hat, ein Bedrohungsszenario gegen diese zu erzeugen, tritt dort auf, hält Reden und ist einer der Neonazis, der für die NPD dort mit teilmimmt. Dazu kommen rechte Hooliangruppen aus Erfurt und Weimar, Sympathisanten von HoGesSa, der sogenannten Hooligans gegen Salafisten, Reichsbürgervertreter, Funktionäre von weiteren NPD-Kreisverbänden von Altenburg, Sondershausen, Eisenach usw. usw., Mitglieder von Rechtsrockbands, die Aktionsgruppe Weimarer Land, also die sogenannten Freien Kameradschaften, die Freien Kräfte Gotha, das Freie Netz Saalfeld usw. usw.

### Der Aufstand der Anständigen setzt das Handeln der Zuständigen voraus

**Astrid Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, führen Sie sich doch mal vor Augen, was derzeit in unserem Land, in Thüringen, passiert. Da tauchen Ortseingangsschilder in Sondershausen auf, auf denen Flüchtlinge beschimpft werden, diskriminiert werden und zur Umkehr aufgefordert werden. Der große Aufschrei bleibt aus.

Da erleben wir, dass Neonazis und Rassisten Demonstrationen wie in Suhl organisieren, und Ihnen von der AfD fällt nichts Besseres ein, als hier die Menschen zu beschimpfen und auf unerträgliche Art und Weise zu diskreditieren, die sich seit Jahren für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, die Flüchtlingen helfen und die ihnen hier eine Heimat geben wollen.

Katharina König hat es schon benannt. Während Pegida und viele andere, die sich ähnlich nennen, mit plumpen Parolen, Rassismus und Vorurteilen sogenannte besorgte Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen locken, ist die Zahl der Angriffe gegen Flüchtlinge, gegen Asylbewerberinnen kontinuierlich

gestiegen. Wenn Sie diese Menschen fragen, wie es ihnen geht, dann machen die sich ganz große Sorgen, dann leben sie in Angst und dafür schäme ich mich.

Ich bin froh, dass unsere Landesregierung erklärt hat, Thüringen zu einem Land zu machen, welches tatsächlich weltoffen ist, welches Toleranz nicht irgendwie beliebig für sich in Anspruch nimmt, sondern sagt, Toleranz verlangt auch Klarheit, Toleranz gebietet auch keine Toleranz für Intoleranz, und dass wir selbstverständlich Menschen helfen, die in Not geraten sind und die hier Zuflucht suchen.

**Christian Herrgott, CDU:**

Jede Instrumentalisierung oder Vereinnahmung von Demonstrationen und Gegendemonstrationen durch Extremisten gleich welcher Art lehnen wir ab, und wir müssen als Demokraten diesen Bestrebungen auch sehr deutlich entgegenreten.

**Bodo Ramelow, Ministerpräsident:**

Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank an all die Menschen an, die für Demokratie und gegen Rassismus in den letzten Tagen und Wochen in Thüringen Gesicht gezeigt haben, die deutlich gemacht haben, die Zukunftsfähigkeit dieses Landes hängt davon ab, ob wir mit Menschen, die Schutz suchen und Menschen, die dauerhaft in Thüringen leben wollen, so umgehen, wie wir auch möchten, dass mit uns umgegangen wird: weltoffen, zukunftsgerichtet und tatsächlich mit einer Willkommenskultur, die Menschen einlädt, nach Thüringen zu kommen.

Dafür haben viele, viele Tausend Menschen in den letzten Tagen und Wochen ihr Gesicht gezeigt und das Kabinett hat von Anfang an sich entschieden, deutlich zu machen, dass wir nicht nur erwarten, dass die Bürger agieren.

Also, der berühmte Satz von dem Aufstand der Anständigen, der immer angelehnt wird, setzt das Handeln der Zuständigen voraus. Deswegen haben wir auch bei der neuen Kabinettsaufstellung ein Thema „Flüchtlinge und Migration“ in einem Ministerium gebündelt.

Man erkennt also, dass hinter der Art, wie wir unser Kabinett gegliedert haben, auch eine tiefe Absicht, eine politische tiefe Absicht stand und steht, nämlich, die Zuständigen zusammenzubringen, damit schneller die Aufgaben erledigt werden, damit diejenigen, die als Lautsprecher der Angst unterwegs sind, nicht noch die Folien bekommen, in denen sie die Angst hinein tragen können, um so auf dem Rücken von Flüchtlingen und nichtdeutschen Menschen Ängste zu schüren, die dazu führen, dass man am Ende noch mehr Hass unter die Menschen bringt. Deswegen danke ich auch all denen, die als Zuständige handeln. Kollege Poppenhäger hat darauf hingewiesen, welche Aufgabe die Polizei gerade über die Maßen leistet. ■

## DER Wahlkreis

# Stärken zusammenlegen als dreifacher Vorteil

Der LINKE Landtagsabgeordnete Knut Korschewsky, der sein Wahlkreisbüro in Sonneberg hat, nutzte seinen ersten Wahlkreistag im neuen Jahr für Gespräche in Neuhaus-Schierschnitz sowie mit Vertretern von Behinderteneinrichtungen. Gemeinsam mit Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, informierte er sich über den Stand möglicher freiwilliger Zusammenschlüsse von Kommunen im Rathaus von Neuhaus-Schierschnitz.

Mögliche freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen stehen im Landkreis aktuell auf der Tagesordnung. Das Signal dazu kann deutlich aus den Gemeinden Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz vernommen werden. Für den von beiden gewünschten Partner, die Gemeinde Föritz, findet sich zumindest im örtlichen Bürgergremium eine Mehrheit für diese Dreier-Konstellation.

Bürgermeister Andreas Meusel (CDU) und Verwaltungsleiter Sven Heinze stellten den Landespolitikern ihre Vorstellungen von der künftigen Entwicklung ihrer Gemeinden vor. „Wir denken nicht für die nächsten drei bis fünf Jahre, sondern für die nächsten 25 bis 30 Jahre. Deshalb streben wir ein Zusammengehen mit Judenbach und Föritz an. Das wäre aus unserer Sicht für alle Beteiligten von Nutzen - das Zusammenlegen der Stärken jedes Einzelnen als dreifacher Vorteil, was uns auch zu einem starken Partner für die Stadt Sonneberg machen könnte. Denn wir sehen uns nicht als Gegenpol“, begründete Heinze den Willen zum Zusammengehen.

Natürlich nutzten die Hausherrn die Gelegenheit, sich ausführlich zu den Vorhaben der neuen Landesregierung in Sachen Verwaltungs- und Gebietsreform informieren zu lassen. „Dem Horrorszenario der Bildung von Monstervereinen widerspreche ich hiermit noch-

### Wahlkreistag in Neuhaus-Schierschnitz mit Knut Korschewsky und Frank Kuschel

mals ausdrücklich“, beendete Kuschel seine detaillierten Ausführungen zu den zahlreichen Fragen, die allesamt beantwortet werden konnten. „Wenn man die Grundgedanken dahinter so erläutert bekommt, klingt alles logisch“, erklärte der Bürgermeister. Viele neue Fakten hätten einige Fragezei-

folgende Treffen zu dieser Problematik voraus. Die angestrebte „Hochzeit“ von Judenbach, Neuhaus-Schierschnitz und Föritz war zudem Thema eines Informationsabends in Mupperg. Auf Initiative der Föritzer Gemeinderätin Almuth Beck (LINKE) hatte Frank Kuschel im Bürgerhaus „Roter Ochse“

Werkstätten Neuhaus am Rennweg, und ihres Kollegen Klaus Stark vom Diakoniewerk Sonneberg. Auch hier fand ein intensiver Austausch zur Problematik statt, die sich in den jeweiligen Ausführungen unisono als großes bürokratisches Unterfangen darstellte. Übereinstimmend kam man zu dem



*Foto links: Frank Kuschel, Andreas Meusel (Bürgermeister Neuhaus-Schierschnitz), Sven Heinze (Verwaltungsleiter Neuhaus-Schierschnitz), Knut Korschewsky. Foto rechts von der Eröffnung des Sonneberger Wahlkreisbüros: MP Bodo Ramelow im Gespräch mit Marianne Reichelt (Bürgermeisterin Neuhaus am Rennweg) und Dragan Jovanovic, einem Roma aus Serbien (seine Familie ist von Abschiebung bedroht). Hintergrund (von links) die Genossen Helmut Greiner-Petter, Michael Stammeberger (Kreisvorsitzender Sonneberg) und Philipp Müller.*

chen verschwinden lassen. Einig war man sich in dem Punkt, dass der Gesetzgeber zukünftig bei der Gestaltung mit Augenmaß agieren müsse.

„Eine Stadt ist eine Stadt, der ländliche Raum was ganz anderes, besonderes. Wir wollen gestalten, zum Vorteil unserer Bürger und benötigen dazu die entsprechenden Freiräume“, unterstrich Verwaltungsleiter Heinze abschließend. „Wir bleiben auf alle Fälle im Gespräch“, blickte Korschewsky auf

Auskunft zu den Fragen rund um eine mögliche Fusion gegeben.

### Integrativer Teilhabeplan: Großes bürokratisches Unterfangen

Unter der großen Überschrift „Integrativer Teilhabeplan - ITP“ (Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen) stand für Knut Korschewsky ein Gespräch mit Katrin Welke, Geschäftsführerin der Rennsteig-

Schluss, dass in dieser Sache eine fundierte Bestandsaufnahme erfolgen muss, die als Grundlage dienen sollte für den zeitnahen Austausch zwischen den Beteiligten.

„Wir werden dazu in Kürze Gespräche führen mit den involvierten Ministerien und erhoffen uns natürlich, dass unsere Bedenken und Anregungen in die zukünftigen Beschlüsse einfließen“, formulierte Katrin Welke den Wunsch aller in der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen organisierten Einrichtungen des Freistaats. Auch Landespolitiker Knut Korschewsky sicherte den Beiden seine Unterstützung in der besprochenen Angelegenheit zu.

*Text und Fotos: Wahlkreisbüro von Knut Korschewsky* ■

## Wahlkreisbüro in Meiningen als linke Begegnungsstätte und Veranstaltungsort

Im Dezember hatte Steffen Harzer als neu gewählter Landtagsabgeordneter der LINKEN sein Wahlkreisbüro in der Meiningener Innenstadt, Eleonorenstr. 10, bezogen. Im Januar folgte nun die feierliche Eröffnung der Räumlichkeiten.

Unter den mehr als 30 Gästen waren auch die Thüringer Partei- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, der Meiningener Bürgermeister Fabian Giesder sowie zahlreiche Vertreter aus dem Land- und Kreistag. Steffen Harzer stellte die Ausrichtung des Büros vor.

So soll hier in der Innenstadt künftig eine linke Begegnungsstätte wachsen als ein Ort für Veranstaltungen und Diskussionen, Lesungen und Versammlungen. Wie gut dieser Ansatz ist, zeigen die Planungen für dieses Jahr, die noch an diesem Abend in die

Wege geleitet wurden. Susanne Hennig-Wellsow betonte die Wichtigkeit einer linken Arbeit im Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Mit Steffen Harzer habe ein erfahrener und kompetenter Politiker sein Domizil in der Kreisstadt aufgeschlagen. Gerade vor dem Hintergrund der diskutierten Geothermie, eines Pumpspeicherwerks und der geplanten Hochspannungsleitungen im Thüringer Süden steht nun ein fachlich versierter Energiepolitiker - der Abgeordnete ist in der Fraktion Sprecher für Energie, Landesentwicklung und Landesplanung - als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung.

Auch der örtliche Kreisverband der LINKEN, der als Untermieter mit seiner Kreisgeschäftsstelle zu einem Teil der Bürogemeinschaft geworden ist, freut sich, nach einiger Unterbrechung nun wieder einen Anlaufpunkt in der Theaterstadt zu haben. Die Gäste über-



*In den vergangenen Wochen haben die 28 Landtagsabgeordneten der LINKEN in den Wahlkreisen ihre Büros wiedereröffnet oder neu eröffnet. Steffen Harzer ist in Meiningen mit einer Bürgeransprechstelle vor Ort. Hier bei der Eröffnung mit Landtags-Fraktionsvorsitzender Susanne Hennig-Wellsow.*

brachten neben ihren Wünschen zur Eröffnung auch die Zusage für eine gute Zusammenarbeit im Sinne einer

besseren Politik für das Land und die Region.

*Wahlkreisbüro Steffen Harzer* ■



# Gäste vom ICAP Havanna begrüßt

Neues kubanische Investitionsgesetz eröffnet Perspektiven auch für Thüringer Firmen

Ein interessantes und freundschaftliches Gespräch führten am 4. Februar Vertreter der LINKEN mit der Europa-Direktorin des ICAP, des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft, Gladys E Ayllón Oliva.

Gemeinsam mit dem beim ICAP in Havanna für Deutschland verantwortlichen Mikel Veloz und zusammen mit Ingeborg Giewald, Thüringer Landessprecherin von Cuba si, nutzten die Gäste die Möglichkeit, über die Arbeit des Freundschaftsinstituts zu berichten und zu den spannenden Entwicklungen in Kuba nähere Informationen zu vermitteln. Dabei verwiesen sie auf die Errungenschaften der kubanischen Revolution mit dem kostenlosen und für alle Menschen im Land sichergestellten Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport. Zunehmend gebe es Verbesserungen in der wirtschaftlichen Situation und neue Perspektiven durch den begonnenen Dialog zwischen Kuba und den USA, dem Auftakt für die Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen.

Gladys E Ayllón Oliva stellte die verschiedenen Besuchsprogramme vor, die das ICAP anbietet, darunter Arbeitsprojekte, besonders im landwirtschaftlichen Bereich, sowie Studienreisen. Susanne Hennig-Wellsow, Frakti-



onsvorsitzende der LINKEN, die im Jahr 2008 mit einer Parlamentarier-Delegation in der Provinz Guantanamo unterwegs war, erinnerte an die nachhaltigen Eindrücke dieser Reise. Sie stellte die neue politische Situation in Thüringen mit der ersten rot-rot-grünen Landesregierung in der Bundesrepublik und einem LINKEN Ministerpräsidenten vor.

Mit Blick auf stärkere Wirtschaftsbeziehungen, die auch entsprechende Arbeitsplätze bringen z.B. bei Solarunternehmen, bezeichnete Ingeborg Giewald das neue kubanische Investitionsgesetz als eine gute Voraussetzung was die durchaus vorhandenen Inter-

essen von Thüringer Firmen betrifft.

Die kubanischen Gäste hatten am 31. Januar in Essen an der Jahrestagung des seit nun schon 55 Jahren bestehenden Netzwerks Cuba, des Dachverbandes der 46 Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik, teilgenommen. Nach der Station bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag reisten sie nach Bad Salzungen, wo sie von der dortigen Cuba-si-Gruppe empfangen wurden und am Abend eine öffentliche Veranstaltung zu den Veränderungen in Kuba bestritten. Außerdem stand ein Treffen beim Bürgermeister und mit dem Tourismusverantwortlichen der Stadt auf dem Programm. ■

## Alternative-Scheck-Übergabe beim Kinderfasching in Wintersdorf



Zum Kinderfasching in Wintersdorf (mit ungefähr 2.200 Einwohnern der größte Ortsteil der Stadt Meuselwitz im Landkreis Altenburger Land) hat die LINKE Landtagsabgeordnete Ute Lukasch einen Spenden-Scheck der Alternative 54 an den Faschingsclub des Ortes übergeben. Der gemeinnützige Faschings-Verein braucht Sponsoren für die tollen Kostüme, aber natürlich auch für die vielen Materialien und Requisiten, welche im Fasching benötigt werden. Das Geld der Alternative 54 ist für die Uniformen der Kindertanzgruppe gedacht. Der Verein bedankte sich mit riesen Applaus, einer Flasche Sekt, einem WFC-Anstecker und einem Ku-

gelschreiber, so dass sie nicht in Vergessenheit geraten.

„Bei dieser Gelegenheit waren natürlich auch meine beiden Enkelkinder dabei. Es war ein großes Erlebnis für sie, denn es wurde ein Kinderprogramm geboten, in das viele Mädchen und Jungen einbezogen waren. Nach den Auftritten der Kindertanzgruppen und des Tanzmariechens waren die 'Kleinen Gäste' in den Hauptrollen. Vom Tanzen bis zum Spielen, natürlich mit kleinen Gewinnen, war die Stimmung ausgelassen. Ich wünsche dem Wintersdorfer Faschingsclub auch künftig viel Erfolg, werde den Verein weiterhin unterstützen und ganz bestimmt auch wie-

derkommen“, betonte die Landespolitikerin der Linksfraktion.

„Seit der Gründung der Alternative 54 Erfurt e.V. haben wir annähernd 2.700 Projekte von Vereinen und Verbänden unterstützt. Dafür wurden bisher insgesamt rund 980.000 Euro gespendet. Das ist eine gewaltige Summe, aufgebracht allein von den PDS- bzw. LINKE-Landtagsabgeordneten“, so Diana Skibbe, Vorsitzende der Alternative 54. Sie kündigte an: „Wir werden in diesem Jahr unser 20jähriges Bestehen feiern können und gleichzeitig auch die Eine-Million-Euro-Spendenmarke überschreiten. Schon jetzt erfüllt uns das mit Stolz und Freude.“ ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Qualitätsjournalismus

In einem Beitrag am 5. Februar machte die Thüringer Allgemeine (TA) auf ihrer Internetseite aus Frank Kuschel den Parlamentarischen Geschäftsführer der Landtagsfraktion DIE LINKE. Das ist er nicht (und war er nie). Per Kurznachrichtendienst Twitter machte ich die TA gegen 6.15 Uhr auf den Fehler aufmerksam.

Der Fehler selbst wirkt dilettantisch. Ein Blick auf die Homepage der Fraktion hätte gezeigt, dass André Blechschmidt Parlamentarischer Geschäftsführer ist, Frank Kuschel thüringenweit bekannter Kommunalexperte. Autor des fehlerhaften Beitrags war (wieder) Frank Schauka. Der hatte sich im Sommer 2014 an Bodo Ramelow abgearbeitet, herausgekommen waren Artikel, denen ich in einem Beitrag attestieren musste: „Grobe Fehler serienweise“.

Möglicherweise nimmt es Schauka auch nur bei der Linksfraktion mit der Recherche nicht so genau. Oder er hat andere Motive. Darüber kann man zumindest spekulieren. Er war in Brandenburg ab Januar 2010 Sprecher des Justizministeriums, den Minister stellte DIE LINKE. Vielleicht recherchiert irgendwann jemand Gründe und Rahmenbedingungen von Schaukas Ausscheiden aus dem Ministerium. Spricht man TA-Journalisten auf ihn an, verdrehen sie die Augen...

Damit war die Geschichte nicht zu Ende. Auch nach dreieinhalb Stunden hatte die TA den Fehler nicht korrigiert. Arroganz der Medienmacht! Erst auf erneuten Hinweis – diesmal auch an den Verantwortlichen für den Online-Auftritt – wurde berichtet, ohne Transparenztext, der darauf hinweist, dass zunächst fehlerhaft berichtet wurde. „Spricht ja sehr für qualitativen Journalismus“, kommentierte ein Twitter-Nutzer. Oder, wie ein Kollege schrieb: „Wir empfehlen Herrn Schauka einen Rechercheworkshop auf der #LIMA 2015“, der Linken Medienakademie! ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.